



## Atomausstieg: Entscheidung aus ideologischen Gründen?

Aktuelle Stunde: CDU/CSU ziehen grüne Minister zur Verantwortung

Inmitten der Energiekrise 2023 hat die Ampel die letzten drei verbliebenen Kernkraftwerke vom Netz genommen. Sie behauptete damals, die Entscheidung aus rein sachlichen Gründen getroffen zu haben. Die CDU/CSU-Fraktion vermutet jedoch eine handfeste Täuschung. Die Grünen hätten Ideologie und Parteipolitik über das Wohl des Landes gestellt, warf Fraktionsvize Jens Spahn den zuständigen Ministern Robert Habeck und Steffi Lemke vor.

Wegen der Vorgänge rund um den Atomausstieg hatte die CDU/CSU-Fraktion eine aktuelle Stunde im Bundestag beantragt. Sie verlangt volle Transparenz darüber, wie die Entscheidung zur Abschaltung der drei letzten am Stromnetz befindlichen Kernkraftwerke zustande gekommen war. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steffen Bilger forderte Wirtschaftsminister Habeck und Umweltministerin Lemke auf, „alle



Friedrich Merz schließt am Dienstag einen Untersuchungsausschuss nicht aus. (Foto: CDU/CSU Bundestagsfraktion)

relevanten Unterlagen zu übermitteln, und zwar ungeschwächt“. Geschehe dies nicht, behalte sich die Union vor, die Vorgänge auf andere Weise parlamen-

Seite 2



### Musikverein Dietmanns in Berlin

Selten sieht man so große Gruppen im Bundestag. Josef Rief freute sich am Freitag sehr, die Mitglieder des Musikvereins Dietmanns im Bundestag zu begrüßen, die auf Reisen in der Hauptstadt waren. Besonderes Highlight am

Abend: Ein Konzert der Kapelle im Konzerthaus am Gendarmenmarkt auf Einladung des Botschafters Taiwans ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

tarisch zu untersuchen, sprich: im Rahmen eines Untersuchungsausschusses.

Bislang hätten die grünen Minister nicht die Vorwürfe ausräumen können, dass sie „möglicherweise Parlament und Öffentlichkeit getäuscht haben“, sagte Bilger. Auch Spahn kritisierte, die von den Ministern versprochene ergebnisoffene Prüfung eines Weiterbetriebs der drei Kernkraftwerke „hat es nie gegeben“.

Spahn betonte, die Atommeiler seien – anders als von der politischen Leitung der Ministerien dargestellt – sicher gewesen. Sie hätten mit der Produktion von sauberem und günstigem Strom zur Entschärfung der Energiekrise beitragen können. „Sie haben unserem Land mit dieser Entscheidung, die Kernkraftwerke in der Krise abzuschalten, schweren Schaden zugefügt“, warf Spahn der Regierung vor.

Die Unterlagen darüber, wie die Entscheidung zustande gekommen war, hatten die beiden Ministerien lange unter Verschluss gehalten. Erst auf Klage des Magazins „Cicero“ mussten die Unterlagen herausgegeben werden. Darin zeigte sich, dass die Fachebene der Ministerien einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke durchaus für machbar und sicher gehalten hätten. Auf politischer Ebene wurde dann aber anders entschieden.

Dem Parlament liegen die Unterlagen immer noch unvollständig und teilweise geschwärzt vor. „Ein umfassendes Bild über die tatsächlichen Abläufe können wir uns erst machen, wenn diese Unterlagen da sind“, sagte Bilger. Er mahnte, dass in Fragen der nuklearen Sicherheit niemals Parteipolitik über fachliche Expertise gestellt werden dürfe. Spahn vermutet, den Grünen sei es nur um den Atomausstieg gegangen – „koste es, was es wolle“. ■

## Innovationen: Technologien und Talente fördern Wachstum-Kongress der CDU/CSU bringt Politiker und Startups zusammen

Menschen mit Mut zu neuen Ideen machen Deutschland zukunftsfähig: Von diesem Gedanken geleitet, veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Innovationskongress, der Politiker mit kleinen Unternehmen, Startup-Gründern und Tech-Investoren zusammenbrachte. Bei den Vorstellungsrunden und Diskussionen ging es um innovative Geschäftsideen und darum, wie sie im harten internationalen Wettbewerb bestehen können.

„Wir brauchen neues Denken, neue Methoden und neue Ansätze“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Nadine Schön. Als Stichworte nannte sie eine gute Grundlagenforschung und verlässliche Finanzierung, mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie, innovationsfreundliche Regulierungen und den Zuzug von Fachkräften. Wenn man Wirtschaftswachstum generieren wolle, brauche man Startups, betonte Schön. Sie seien der Innovationsmotor für die klassischen Unternehmen, besonders den Mittelstand.

Laut Nicole Büttner-Thiel, Gründerin und CEO von Merantix Momentum sowie Vizepräsidentin des Bundesverbands Deutsche Startups, ist Deutschland nicht schlecht aufgestellt. Hier gebe es „viele gute Ideen und Innovationskraft“, sagte Büttner-Thiel. Allerdings brauche es manchmal mehr Mut zum Risiko. Außerdem: „Der Staat muss ein bisschen aus dem Weg gehen.“ Es gebe so viele bürokratische Anforderungen,

dass junge Unternehmen oft mehr Personal dafür benötigten, sie zu erfüllen, als dafür, neue Ideen zu entwickeln. Beispielhaft nannte sie die Anforderungen des Datenschutzes.

Johannes Reck, Mitgründer und Geschäftsführer der Plattform GetYourGuide, die sich auf Reiseerlebnisse spezialisiert hat, sprach die Finanzierungsschwierigkeiten in der Gründerszene an. „Wir haben ein riesiges Kapitalproblem in Deutschland. Wir investieren nicht in unsere Zukunft.“ Momentan komme 95 Prozent des Wagniskapitals aus den USA, was aber sicher nicht so bleiben werde.

Mit Blick auf die Rahmenbedingungen sprach sich Reck für eine stärkere Regulierung der Tech-Giganten aus, während Start-ups von Auflagen befreit werden müssten. Denn nur so könnten sich die jungen Unternehmen einen Zugang zum Markt verschaffen. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Julia Klöckner, warb ebenfalls für eine ausgewogene Balance zwischen Regulierung und De-Regulierung, denn: „Des einen Bürokratie ist des anderen Risikoabsicherung.“ Büttner-Thiel mahnte die Ämter, Ermessensspielräume zugunsten der Unternehmer zu nutzen.

Für eine bürokratische Entschlackungskur brauche es zwingend mehr Digitalisierung, sagte Klöckner. So könne verhindert werden, dass Unternehmer bestimmte Formulare immer wieder aufs Neue ausfüllen müssten. ■